

# Kapitalismus aktuell

Seit dem Konkurs der Sowjetunion<sup>1</sup> konnte sich der Kapitalismus nahezu gänzlich ungehindert zum globalen Herrschaftssystem ausbauen. Die Sozialdemokratie gibt es nominell noch, real existiert sie nicht mehr. Namen wie Blair, Schröder, Klima stehen für die direkte Auslieferung vermeintlich sozialdemokratisch regierter Gesellschaften an den Neoliberalismus.

**Die EU ist ein typisches Produkt der Globalisierung, die Welt wird heute von den Konzernen regiert und das einzige durchgehend real existierende Wertesystem ist der Profit. Und es ist eben einfacher, 28 Länder neoliberal von Brüssel aus zu steuern als 28 Einzelregierungen dem bestmöglichen Ausbeutungssystem zu unterwerfen. Wir leben unter der Diktatur der Konzern- und Finanzwirtschaft.**

Österreich wurde 1995 unter dem neoliberalen SPÖ-Bundeskanzler Vranitzky der EU beigetreten, es gab dazu am 12. Juni 1994 eine Volksabstimmung, die eine 66,6 % Zustimmung bei einer Wahlbeteiligung von 82,3 % erbrachte, die damals noch als Großparteien existierende Regierungsparteien SPÖ und ÖVP waren mit Vehemenz dafür gewesen, dagegen aufgetreten sind die FPÖ<sup>2</sup>, die Grünen und die KPÖ, die Grünen haben inzwischen einen 180-Grad-Schwenk gemacht und sind leidenschaftliche EU-Befürworter. Politisch profitiert zurzeit die FPÖ von ihrer ablehnenden Haltung zur EU, weil die meisten EU-Verheißungen, welche die Regierung dem österreichischen Volke vorgelogen hat, nicht eingetreten sind und heute jeder die verschwiegenen Nachteile spüren kann. Eingetreten sind die offenen Grenzen - aber dass man jetzt keine Grenzkontrollen mehr hat, das ist kein Gewinn, sondern offensichtlich ein ziemlicher Schaden. Man muss sein Geld im EU-Bereich meist nimmer in andere Währungen wechseln, nu, auch schon was! Dafür drohen jetzt durch die Spekulationskrise der Banken Euro-weite Nachteile und Gefahren. Wer heute noch seine Ausgaben in echtes Geld, also z.B. in österreichische Schilling, umrechnet und dann sein heutiges Einkommen mit den heutigen Preisen vergleicht, wird das Nichtmehrgeldumwechseln für keinen großen Vorteil halten...



Aber nun ein Blick zurück, vom Mai 1994 stammt mein hier folgender Artikel GEGEN den EU-Beitritt:

## Wer braucht die Europäische Union ?

Von der ökonomischen Organisation her betrachtet, befindet sich Europa zur Zeit auf der Stufe wie Deutschland in den ersten beiden Dritteln des 19. Jahrhunderts: Man ist staatlich in verhältnismäßig kleine Einheiten gegliedert, während die wirtschaftliche Entwicklung bereits größere Einheiten hervorgebracht hat. Zwar redet man jetzt gerne von irgendwelchen multikulturellen Zuständen, das einzige aber, das wirklich MULTI ist, sind die multinationalen Konzerne. Und diese möchten gar zu gerne auch den staatlichen Bereich ihrem wirtschaftlichen Bereich angepasst haben. Darum gibt es die EU.

Ein fundamentaler Unterschied zum Deutschland im 19. Jahrhundert besteht aber dennoch. Zwar ging es auch damals darum, die staatliche der ökonomischen Struktur anzupassen, aber die deutschen Kleinstaaten waren keine Nationalstaaten, sondern Relikte des Feudalismus, die damalige Anpassung erfolgte also im Wege eines nationalen Zusammenschlusses, gegen eine Staats- und Herrschaftsform, die grundsätzlich mit den gesellschaftlich-ökonomischen Gegebenheiten nicht mehr übereinstimmte.

Heute haben wir aber in allen Staaten im EU-Bereich eine liberalkapitalistische Regierungsform, d.h. es besteht kein grundsätzlicher Widerspruch zwischen Über- und Unterbau. Der Weg von einem Europa der Einzelstaaten zur Europäischen Union erfolgt daher nicht im Wege einer alte Verhältnisse umstürzenden Nationswerdung.

Ich habe Nation einmal so definiert: "Politische Gemeinschaft als staatstragende Kraft mit einem gemeinsamen Territorium, gemeinsamen Wirtschaftsleben, politisch und kultureller Eigenständigkeit, geschichtlicher Tradition und Willen zur Zusammengehörigkeit."<sup>3</sup> Über diese Definition hat Prof. Erwin Ringel seinerzeit geschrieben, er wisse keine bessere<sup>4</sup>, also ist sie auch bezüglich der Europäischen Union als Maßstab verwendbar. Und da sieht man ja wohl eindeutig, dass mit der EU nicht der Weg zu einer Europäischen Nation beschritten wird. Zwar gibt es ein gemeinsames, europäisches Territorium, im Grundsatz auch ein gemeinsames Wirtschaftsleben (sonst würde man keine Hamburger Erdäpfel zu italienischen Pommes Frites verarbeiten), aber die anderen Punkte sind höchstens schwach entwickelt. Der Wille zur Zusammengehörigkeit ist sowohl unter der Bevölkerung als auch unter einem beträchtlichen Teil der Politiker eher nicht vorhanden, die geschichtliche Tradition kann fünfzig Jahre nach dem letzten, großen Krieg auch noch keine durchschlagenden identitätsstiftenden Funktionen haben, die politische und kulturelle Eigenständigkeit bezieht sich (wie z.B. das jüngste Verbot der Verwendung englischer

<sup>1</sup> Dieser Konkurs wäre nicht unbedingt notwendig gewesen - man hätte es zumindest versuchen müssen, eine Art Fortsetzung der von Lenin eingeführten und von Stalin abgeschafften "Neuen Ökonomischen Politik" zu versuchen, das wäre so eine Art "sozialistische Marktwirtschaft" gewesen...

<sup>2</sup> Die FPÖ war allerdings lange für einen österreichischen Beitritt in die "Europäische Wirtschaftsgemeinschaft" gewesen, da dies ein engeres Verhältnis mit Deutschland bedeutet hätte, aber heute spielt der Deutschnationalismus in der Politik ja kaum noch eine Rolle...

<sup>3</sup> Peterseil / Karrer, Deutschnationalismus, Nationalsozialismus, Neofaschismus, IAE 1987, Seite 8

<sup>4</sup> Erwin Ringel, Die Kärntner Seele, Hermagoras Vlg. 1988, Seite 16

litische und kulturelle Eigenständigkeit bezieht sich (wie z.B. das jüngste Verbot der Verwendung englischer Ausdrücke in Frankreich zeigt) nicht auf eine europäische Gesamtkultur, sondern eher auf die alten Nationalkulturen. Daher ist die EU auch keine politische Gemeinschaft als staatstragende Kraft, sie ist bloß eine übernationale Verwaltungsstelle für die Bedürfnisse der übernationalen Konzerne.

**Aber so argumentiert natürlich keiner der EU-Propagandendienste, dort kommen privatwirtschaftliche Profitinteressen überhaupt nicht vor, wahrscheinlich gibt es solche gar nicht, sondern wurden seinerzeit von Karl Marx bloß zum Zwecke der kommunistischen Propaganda erfunden.**

Gerade Österreich hatte als ehemaliger zweiter deutscher Staat große Schwierigkeiten eine eigene nationale Identität im Sinne der o.a. Definition zu entwickeln. Jetzt bekennt sich die überwältigende Mehrheit der Bewohner dieses Landes zur österreichischen Nation, selbst Jörg Haider, der sie vor einigen Jahren noch als Missgeburt bezeichnet hatte, ist jetzt vom großdeutschen Kurs ab- und einem nationalösterreichischen zugeschwenkt, einfach weil er als einfühlsamer Populist weiß, was sich verkaufen lässt.

Andererseits gebärden sich Mock und Vranitzky als außerordentlich eifrige Vorreiter der europäischen Integration, dass es selbst die Ideologen der Industriellenvereinigung nicht besser machen könnten. Ein wesentliches Element der nationalen Identität Österreichs, die immerwährende Neutralität, wurde defakto von Anfang an nicht wirklich eingehalten (siehe z.B. die intensive Zusammenarbeit zwischen Bundesheergeheimdienst und NATO, bzw. die direkte Auftragsarbeit österreichischer Dienststellen für die NATO im Ostfunkhorchdienst Königswarte) und spätestens beim Golfkrieg und im Jugoslawienkonflikt überhaupt aufgegeben. Übrig ist jetzt nur noch eine Leerformel, die laut Ankündigung von Mock in zwei Jahren mittels Volksabstimmung, laut Vranitzky ohne Volksabstimmung sowieso gestrichen werden wird.

Die Errichtung eines europäischen Überbaues erfolgt nicht als gesellschaftlich real gedeihender Vorgang, sondern als Verordnung von außen und von oben. Die Schwerpunkte der europäischen Einheit: Freier Verkehr der Güter, der Gelder, der Arbeitskräfte, der Dienstleistungen, entspringen sicherlich nur im allergeringsten Ausmaß grundsätzlichen Bedürfnissen der Masse der europäischen Bevölkerung, sondern sind eindeutig Bedürfnisse der kapitalistischen Wirtschaft.

Ich sehe daher für mich als unselbständig Erwerbstätigen keinerlei Veranlassung, meine Stimme am 12. Juni für die Interessen der entwickelten kapitalistischen Wirtschaft und gegen ein unabhängiges und neutrales Österreich in die Waagschale zu legen. Der reale Sozialismus war in seiner stalinistischen Form ein Verbrechen und hat in der Folge keine Möglichkeit gefunden, einen systemeigenen Antrieb zu finden, der den kapitalistischen Motor (den Profit) hätte ersetzen können. Dieser Umstand bedeutet aber nicht, dass deswegen die kapitalistische Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung Ziel und Endpunkt der Entwicklung des Menschengeschlechtes ist. Um weiterhin zu funktionieren, benötigt der Kapitalismus sein regelmäßiges Wirtschaftswachstum, das wiederum kann er nur entwickeln, wenn weiter rationalisiert wird, wenn weiter mit dem Einsatz von weniger Arbeitskräften, mehr erzeugt wird. Im 19. Jahrhundert wurde dem Kapitalismus prophezeit, dass diese Entwicklung nicht ad infinitum fortsetzbar ist. Die EU ist ein Instrument, das wahrscheinlich diese Verwertungsprobleme des Kapitalismus besser steuern wird, als dies seitens nationalstaatlicher Regierungen möglich ist, aber sie ist sicherlich kein Instrument, das kapitalismusüberwindend fungieren könnte.

Die merkwürdigen Koalitionen im Anti-EU-Bereich zwischen rechts und links ergeben sich nicht aus einem ideologischen Gleichklang: Die Rechten lehnen die EU aus nationalistischen Motiven ab, sie sehen die EU als multikulturelle Institution, die ihre völkisch orientierte Identität gefährdet, unter den Linken müsste eigentlich noch soviel Antikapitalismus im Umlauf sein, damit man zwischen multikulturellem Zusammenwachsen und multinationalen Konzernen zu unterscheiden vermag. Multikulturelles wird die EU höchstens als Nebenprodukt erzeugen können und es wird eher negativ denn positiv vermarktet werden. Die multinationalen Konzerne selber sind kein Produkt der EU, sondern die EU ist ein Produkt der multinationalen Konzerne. Und daher gibt ein alter Achtundsechziger trotz FPÖ und alledem am 12. Juni 1994 ein Votum gegen den EU-Beitritt ab. Venceremos!

---

Soweit meine Meinung von 1994. Der Landesprecher der öö KPÖ, Leo Furtlehner, hatte damals folgende Stellungnahme zur Volksabstimmung abgegeben:

## Die EU ist ein zutiefst kapitalistisches Projekt

Die Debatte über den Beitritt Österreichs zur Europäischen Union (EU) ist eng mit dem politischen Umbau der 2. Republik verbunden und daher vor allem eine innenpolitische Auseinandersetzung. Die Weichenstellung für den Beitritt wurde bereits mit der Bildung der großen Koalition im Jahre 1986 getroffen. Die ÖVP hat sich dabei inhaltlich voll durchgesetzt. Freilich in der Form, dass sich die SPÖ in puncto EU-phorie päpstlicher als der Papst erweist und die Grundlagen einer aktiven Neutralitätspolitik aus der Ära Kreisky systematisch eliminiert.

Als die Bundesregierung 1989 den "*Brief nach Brüssel*" mit dem österreichischen Beitrittsansuchen richtete, musste unter dem massiven Druck der Bevölkerung noch ein Neutralitätsvorbehalt verankert werden. Liest man heute die damals von verschiedenen Institutionen beschlossenen Memoranden - etwa dem Positionspapier des ÖGB von 1988 - und vergleicht sie mit der heutigen Haltung, dann liegen politische Welten dazwischen.

Im Ende 1991 zugestellten Avis der EG zum österreichischen Antrag waren klar und eindeutig die kritischen Punkte formuliert: Neutralität, Transit, Verstaatlichte, Landwirtschaft. Der Verlauf der Verhandlungen bis zu de-

ren Abschluss im März 1994 und die Abstriche der Bundesregierung von den ursprünglichen Verhandlungszielen verdeutlicht unseres Erachtens, dass dem Ziel um jeden Preis beizutreten alles andere untergeordnet wurde.

Bereits in den letzten Jahren hat die Bundesregierung die von Jörg Haider immer wieder geforderten "Hausaufgaben" erledigt. Als Vorgeschmack auf die EU wurde die Verstaatlichte zerschlagen, die Deregulierung bei Bahn und Post eingeleitet, ein rigides Asylrecht geschaffen und als "Fleißaufgabe" für die EU die Ostgrenze "gesichert". Die Angriffe der Unternehmer auf soziale Rechte und Errungenschaften haben sich wesentlich verschärft.

Manche "linke" EU-Befürworter behaupten, ein EU-Beitritt verhindere Rechtsentwicklung und Nationalismus und garantiere Sicherheit. Die Realität der EU zeigt uns das Gegenteil: Faschistische Parteien sitzen in Parlamenten von EU-Ländern, in Italien sogar in der Regierung. In Italien und Griechenland stellen Regierungsparteien Grenzen von Nachbarländern offen in Frage und schüren extremen Nationalismus. Und Deutschland benutzt den Tarnmantel EU für seine Expansionspläne.

Der Beitritt zur EU ist eine wesentliche Einschränkung der österreichischen Souveränität und die Preisgabe der Neutralität als grundlegende Errungenschaft der 2. Republik. Mit dem Beitritt gibt Österreich auch in der Transitfrage einen wesentlichen Trumpf gegenüber der EU aus der Hand, statt eine Verkehrspolitik nach Schweizer Muster zu machen.

Kritik an der EU geht aber ins Leere, wenn sie sich auf Identitätsverluste und Heimattümelei reduziert, zumal die EU dafür bereits eine Spielwiese in Form des "Europa der Regionen" anbietet. Die EU ist von ihrer Entstehung, Geschichte und vor allem aus den im Maastricht-Vertrag formulierten Zielen eindeutig ein zutiefst kapitalistisches, imperialistisches Projekt.

Nutznieser sind die großen Euro-Konzerne, die auch an der Wiege der EU standen. Sie wollen mit der "Integration" eine bessere Kapitalverwertung erreichen, um gegenüber den USA und Japan konkurrenzfähig zu sein. Gleichzeitig entwickelt sich die EU zu einer "Festung Europa" mit Osteuropa und der "Dritten Welt" als Hinterhof. Sie verschärft also die Entwicklungsunterschiede zwischen arm und reich, zwischen Nord und Süd.

Mit dem Maastricht-Vertrag ist nicht nur der Weg zur politischen und militärischen Union vorgezeichnet, sondern damit werden auch Deregulierung und Monetarismus in den Verfassungsrang erhoben und die Zweidrittelgesellschaft zur Norm erklärt. Das aber ist nichts anderes als ein Frontalangriff auf die Arbeiterbewegung.

Österreich verliert bei einem Beitritt den Spielraum für eine eigene Gestaltung sozialer und ökologischer Standards. Mit der zwangsläufigen Preisgabe der Neutralität ist der Verlust einer eigenständigen Außenpolitik verbunden. Aus all dem ergibt sich eigentlich ein logischer Schluss, nämlich ein Nein zum EU-Beitritt.

---

2005 äußerte ich eine leicht sarkastische Meinung zum aktuellen Kapitalismus und die EU-Vorteile:

## Die beste aller Welten!

Früher als die westliche Welt noch vom sozialdemokratischen Terror beherrscht wurde, gab es dauernd solche Dinge wie Lohnerhöhungen, bessere Pensionen, längere Urlaube und Arbeitszeitverkürzungen. Lauter Sachen, die damals wegen der weltpolitischen Lage geduldet werden mussten, die sowjetische Bedrohung gab auch den westlichen Feinden einer ordentlichen Profitpolitik großzügige Möglichkeiten, die Börsen waren extrem von der "sozialen Marktwirtschaft" bedroht und die Milliardäre kamen zu weniger neuen Milliarden, als es der Markt vielleicht ansonsten zugelassen hätte.

Zum Glück kamen dann Thatcher und Reagan, Gorbatschow und Jelzin und beendeten den "Kalten Krieg" mit einem großartigen Sieg des Marktes. Der freie Welthandel konnte endlich eingeführt werden. Die ungebührliche Begehrlichkeit der Proleten musste sich nunmehr der Marktlage geschlagen geben. Was, ihr Proleten, ihr wollt mehr Geld und weniger Arbeit? Weniger Geld und mehr Arbeit könnt ihr haben, die Sozialleistungen sollen verbessert werden? Das können wir uns nicht leisten! Sozialleistungen schmälern den Milliardenzuwachs bei den Milliardären! Womit sollen die dann an der Börse spekulieren? Das können wir uns, wir Millionäre und Milliardäre, nicht leisten! Womöglich wird jetzt gar noch gefordert, wir sollten richtige Steuern zahlen. Soweit kommt es noch. Lohnsteuer, Mehrwertsteuer, das ist gut, Gewinnsteuer, die muss reduziert werden. Schließlich kommt es auf Leistung an und wir Superreichen wollen uns was leisten!

Mit von Wahrheit triefender Stimme verkündete letzten Herbst der tüchtige und fleißige Unternehmer Mirko Kovats<sup>5</sup> auf einer öffentlichen Veranstaltung in Oberösterreich, dass die arbeitenden Menschen mit deutlicher Absenkung ihres Lebensstandards rechnen müssen. Denn zuerst kommt das Geschäft und dann kommt nichts mehr. So ist das Leben, so muss es sein.

Also weg mit den Lohnnebenkosten. Nur zum Beispiel: Schließlich dauert ein Jahr nur zwölf Monate. Da kann es doch nicht vierzehn Monatslöhne geben. Und warum soll der Betrieb die Hälfte von der Krankenkasse und der Pensionsversicherung zahlen? Der Betrieb wird ja nicht krank und geht nicht in Pension, das gehört abgeschafft.

---

<sup>5</sup> dem Kovats ging's dann später allerdings nicht ganz so wie er sich das vorgestellt hatte, in Wikipedia steht: Mirko Kovats (\*3. August 1948 in Wien) ist ein österreichischer Unternehmer, vor allem bekannt durch seine Rolle als Gründer, Mehrheitseigner (indirekt über seine Privatstiftung M.U.S.T.) und Vorstandsvorsitzender des insolventen österreichischen Unternehmens A-Tec Industries.

Und der Familienlastenausgleichfonds, wo die Betriebe so viel hineinzahlen müssen!? Wer glaubt, sich Kinder leisten zu müssen, soll auch für den Schaden aufkommen, den er damit verursacht! Weg mit der Kinderbeihilfe, her mit dem Schulgeld! Und die Arbeitslosensversicherung ist uns auch viel zu teuer. Wer arbeiten will, der kann auch arbeiten. Er wird nur von den unverschämte hohen Kollektivvertragslöhnen daran gehindert.

Ja, wenn wir hier im Lande Löhne wie in Kasachstan zahlen könnten, alle wären beschäftigt. Aber so müssen wir uns bei den untragbaren Zuständen da - Lohnnebenkosten und dann gar noch die unerträglichen Lohnkosten!! - überlegen, wohin wir abwandern mit den Firmen. Nach Kasachstan, nach Pakistan, nach Belutschistan? Dort gibt's keine Lohnnebenkosten. Dort gibt's nicht einmal überall Lohnkosten. Dort arbeiten die Leute vielleicht für eine Schale Reis. Wir müssten nur noch drüber verhandeln, dass diese Schale nicht zu groß wird. Weil wir wollen die Wilden nicht verwöhnen.

Mein Lieber, das senkt Kosten in der Produktion. In der Folge müssen hierzulande nur noch die Vertriebskosten weiter gesenkt werden. Wir schlagen vor: Öffnungszeiten 168 Stunden in der Woche, alle Handelsbeschäftigten und sonstigen Beschäftigten erhalten das vertraglich gesicherte Recht auf den 12-Stunden-Tag und die 72-Stunden-Woche!

Das belebte die Börse: die Leute wären genötigt, viel mehr Geld in die privaten Kranken- und Pensionsversicherungen stecken, der Ertrag der Betriebe in Belutschistan läge in astronomischen Höhen und wir Konzernherrn hätten endlich ein bisschen mehr Geld zum Investieren in Aktien- und Währungsspekulationen.

Die Bedenken der linkslinken Kritikaster, dass wir dann auf unseren Produkten sitzen blieben oder sie - statt gegen Geld - in Belutschistan gegen Reiskörner vertauschen müssten, weisen wir zurück. Die Wirtschaft könnte dann endlich auf ihren wahren Zweck umgestellt werden, auf den Handel an den Börsen. Wer braucht Produktionsbetriebe? Es genügt doch, wenn der Yen steigt und der Dollar fällt oder umgekehrt. Die Aktien der Belutschistan AG steigen! Und wenn sie fallen, dann kaufen wir Anteile der Kasachstan Ltd. Das freut den anständigen Aktionär!

Das demokratische System erlaubt uns, diese Ziele durchzusetzen. Ein bisschen müssen wir nur noch daran drehen, auf dass das grandiose US-System weltweit durchgesetzt wird, Michael Moore hat das US-System exakt beschrieben:<sup>6</sup> *"Alle Konzerne, Industriegruppen und rechtsgerichtete Bewegungen (und auch ein paar linksliberale) haben ihre eigenen Lobbyisten in Washington D.C. Von der National Snack Foods Association bis zum National Pork Board hat praktisch jede Organisation ein Büro auf dem Capitol Hill, das engagiert ihre Interessen vertritt, die sich leider fast nie mit unseren Interessen decken. Männer und Frauen in maßgeschneiderten Anzügen streichen im Kongress durch die Korridore und stellen sicher, dass Gesetze, die ihr Unternehmen durch eine Ausnahmeregelung von den bestehenden Umweltgesetzen befreien oder ihre Geschäftsjacht von der Steuer befreien oder ihnen Subventionen für den Bau einer Fabrik in Indonesien verschaffen, so schnell und unauffällig verabschiedet werden, dass wir meistens gar nichts davon mitkriegen.*

*Dieser Lobbyismus wird jedes Jahr mit Millionen Dollar finanziert. Und zwar mit Millionen, die in die Taschen der Abgeordneten im Repräsentantenhaus und in die Taschen der Senatoren fließen. Unsere Demokratie ist von denen usurpiert worden, die das meiste Geld besitzen. Wir bekommen keine allgemeine Krankenversicherung, kein gebührenfreies Studium, keine größere Arbeitssicherheit und keine allgemeine Kinderbetreuung, weil wir nicht über das Geld verfügen, um die für diese Reformen erforderlichen Stimmen zu kaufen."*

Wenn Bush und seine Denker und Strategen die Welt endlich dem Ende der Geschichte zuführen wollen, dann kann es nur mit diesem großartigen System gehen. Die Banken und die Börsen sind die freie Wildbahn, wo sich das Große und Starke und Ehrenwerte der Gesellschaft durchsetzen, unbehindert von jedweder Begehrlichkeit und Aufmüpfigkeit der unteren Klassen.

### **Denn es ist unsere Welt. Wir haben fast alle Aktien.**

---

**Und 2016 hat sich das weiter zum noch Besseren für den Kapitalismus verändert.** Das kommt davon, wenn man den Klassenkampf verliert und danach nicht einmal mehr den Satz weiß, mit dem ein Lied über den verlorenen Bauernkrieg und den bekannten Anführer der aufständischen Bauern, Florian Geyer "Wir sind des Geyers schwarzer Haufen"<sup>7</sup> endet:

Sie schlugen uns mit Prügeln platt  
und machten uns mit Hunger satt.  
Geschlagen ziehen wir nach Haus,  
uns're Enkel fechten's besser aus.

**Es schaut nicht so aus als würden es die Enkel besser ausfechten können. Aber es schaut so aus als würden die Rechten wieder stärker: weil die Linke völlig versagt hat und heutzutage ihr Versagen hingebungsvoll ausbaut...**

---

<sup>6</sup> Michael Moore / Kathleen Glynn - Hurra Amerika! "Adventures in a TV Nation", Piper Verlag 2004, Seite 236

<sup>7</sup> sieh und hör "Wir sind des Geyers schwarzer Haufen" auf <http://www.kampflieder.de/> - <https://youtu.be/CzeCKrZjGqc>